

Kölner Justiz verhätschelt Todesfahrer

► In Köln hat am 7. Januar 2023 um 23:15 Uhr auf der Siegburger Straße im Stadtteil Deutz ein 21-jähriger Kosovare einen 62-jährigen Mann aus Köln-Porz angefahren. Er ließ sein Opfer auf der Straße liegen und beging Fahrerflucht. Der Fußgänger starb.

Überführt werden konnte der Täter aufgrund von am Tatort zurückgebliebenen Trümmerteilen seines rund 90.000 Euro teuren Fahrzeugs, eines Mercedes-Benz C 63 S AMG mit 510 PS. Nur den Fahrer selbst konnten die Beamten leider nicht ausfindig machen. Er hält sich dummerweise selten dort auf, wo er gemeldet ist - und er meidet den Kontakt zur Polizei. Deshalb konnte er sogar noch nach der Todesfahrt wochenlang seinen Führerschein behalten, der von den Behörden zur Einziehung ausgeschrieben worden war.

Dem Plan, ihn festzunehmen und vor Gericht zu stellen, vermochte die Strafjustiz bislang nicht näher zu treten. Der Tote konnte zum Unfallhergang nichts mehr sagen. Der Todesfahrer, den die Polizei laut Medienberichten der Autoposer-Szene zuordnet, will sich nicht äußern. Zeugen gibt es keine. Folgerichtig könnte ja auch der Fußgänger an seinem Tod selbst schuld gewesen sein, meint die Staatsanwaltschaft.

Wie kommt ein 21-jähriger eigentlich an einen 510-PS-Mercedes? Bin ich der Einzige, der nicht versteht, warum Todesfahrt und Fahrerflucht für einen Haftbefehl nicht ausreichen? Sind in Köln alle verrückt geworden? Und wofür brauchen wir eine solche Klientel in Deutschland?

Manfred Rouhs



Standbild aus einem Youtube-Video: Ausländische Sexualstraftäter können in Deutschland bei Gericht einen kulturellen Rabatt aushandeln.

Keine Erfahrungen mit Alkohol: Strafrabatt für Syrer nach Vergewaltigung

► Ein 30-jähriger Syrer, der im Juli 2022 in Osnabrück ein 15-jähriges Mädchen vergewaltigt hat, kam am 3. März 2023 beim zuständigen Strafgericht mit einer Bewährungsstrafe davon. Er wurde recht geschickt verteidigt und tischte dem Richter eine traurige und offenbar für den Juristen hinreichend glaubwürdige Geschichte auf.

Wie die „Bild“-Zeitung berichtet, verwies er darauf, am Tag der Tat zum ersten Mal im Leben Erfahrungen mit Alkohol gemacht zu haben. Hintergrund: Der Mann ist Muslim und kam im Rahmen der Grenzöffnung von 2015 nach Deutschland.

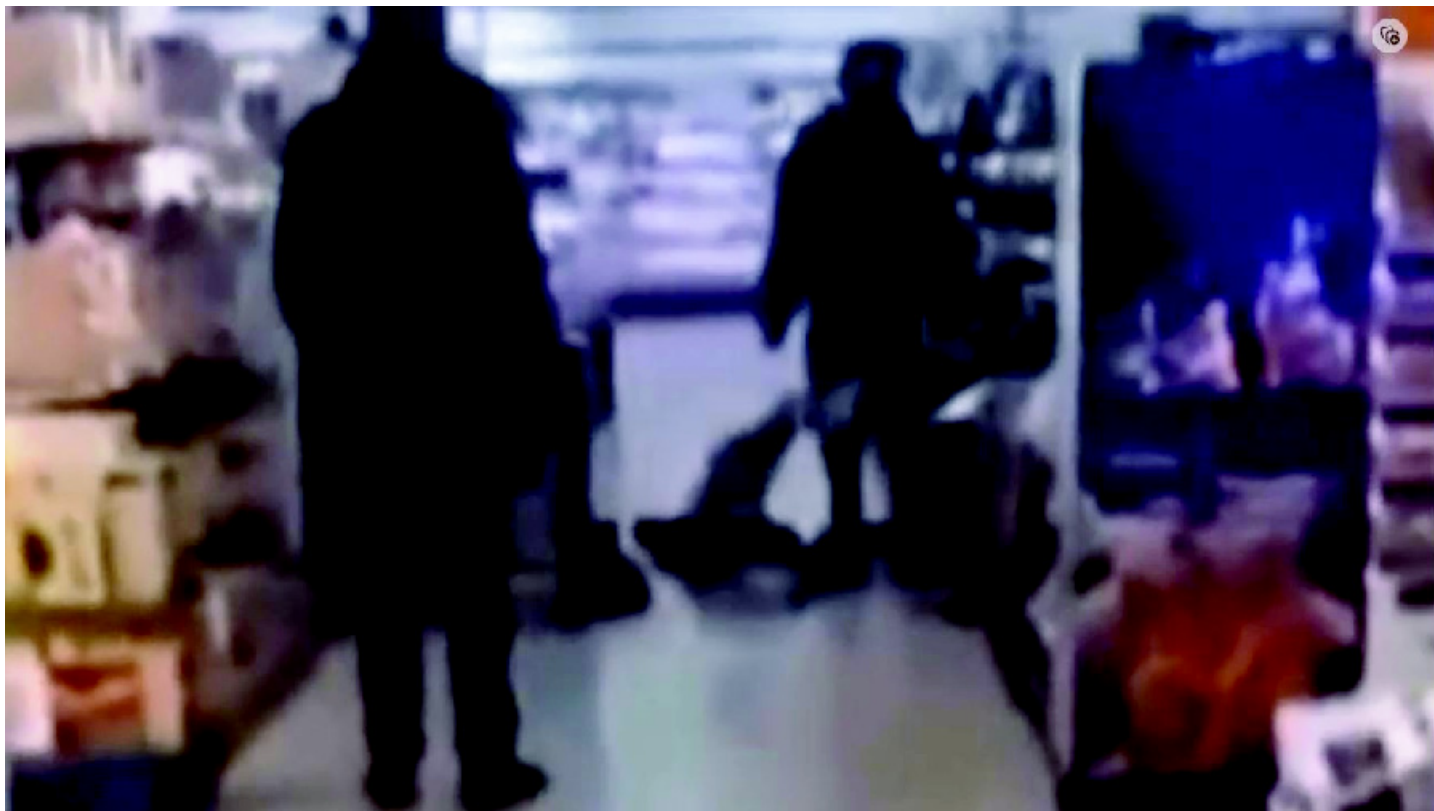
Ein junger Mann, der sieben Jahre in Deutschland lebt, ohne Alkohol getrunken zu haben, muss stark sein im Glauben - oder in der Schauspielkunst ...

Vor anderen schädlichen Substanzen scheint er weniger Scheu gehabt zu haben. So wurde er auch wegen eines Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz verurteilt, weil er der 15-jährigen Cannabis gegeben hatte.

Für eine Haftstrafe reichte aber auch das nicht. Denn er hat eine eigene Wohnung, ist nicht vorbestraft und befindet sich „ja auf einem guten Weg, hier ein ganz normaler Mitbürger zu werden“, wie der Richter feststellte. Na, dann ...!

Ganz normale Mitbürger, die ab und zu mal ein Tütchen Cannabis weitergeben und nach dem Konsum von Alkohol eine Minderjährige vergewaltigen, kann man ja nicht gleich in den Knast stecken, oder?

Deutschland 2023 - so sind mittlerweile die Verhältnisse.



Das Bild zeigt einen Schwarzafrikaner, der in einem Supermarkt im brandenburgischen Fürstenwalde randaliert. | Foto: Screenshot aus einem Youtube-Video

Deutschland absurd: Wie uns die Dummheit in Atem hält

► In Hamburg stellte am Abend des 9. März 2023 ein einzelner Amokläufer wieder einmal die Macht der Dummheit unter Beweis. Er tötete sechs Zeugen Jehovas, einen ungeborenen Menschen und sich selbst. Bei einer solchen Tat erübrigt sich die Frage nach dem Sinn des Ganzen und es zeigt sich wieder einmal: In manchen Individuen ist die Dummheit mächtig, und es ist gefährlich, sie zu unterschätzen.

Sie ist mächtiger als die Bosheit, erkannte schon Dietrich Bonhoeffer, der 1943 im Gefängnis viel Zeit hatte, um

über das Wesen der Dummheit nachzudenken. Dabei entwickelte er eine „Theorie der Dummheit“, die zeitlos ist und die in diesen Tagen wieder einmal bestätigt wird.

Im brandenburgischen Fürstenwalde verwüstet im März 2023 ein „Mann“ einen Supermarkt. Er lebt in Deutschland auf dem Asylticket von deutschem Steuergeld und beißt kraftvoll in die Hand, die ihn füttert: Von ihm scheint die Dummheit ganz und gar Besitz ergriffen zu haben.

Nachdem in Bremen kürzlich die Jusos forderten, Männer sollten häufiger

sexueller Übergriffe wegen zumindest an bestimmten Tagen von der Möglichkeit ausgeschlossen werden, Volksfeste zu besuchen, können sie jetzt männerfreie Einkaufstage im Supermarkt fordern.

In Berlin steht eine 26-jährige Klimakleberin vor Gericht. Sie meint, zur Begehung von Straftaten berechtigt zu sein, weil der Klimawandel eine noch viel größere Katastrophe als der NS-Staat sei. So berichtet es die „B.Z.“. Offenbar sieht sie sich in der Tradition der Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime. Trotzdem wird sie wahrscheinlich Dietrich Bonhoeffers Theorie der Dummheit nicht gelesen - oder zumindest nicht verstanden haben. Ansonsten hätte ihr die Dummheit ihres eigenen Verhaltens auffallen müssen.

Die Dummen haben sich fest untergehakt und sind dadurch zu einer Macht geworden, die wir nicht unterschätzen sollten. Argumente prallen an ihnen ab. Mal kommen sie rot, mal braun, mal schwarz, mal weiß daher, aber wie auch immer sie sich tarnen: ihre Dummheit war, sie ist und sie wird ihrem Wesen nach immer dieselbe sein.

► **Warum greift die deutsche Polizei vielerorts nicht durch gegen zugewanderte jugendliche Gewalttäter? Selbst dann nicht, wenn sie bewaffnet sind, beispielsweise mit einem Messer?**
 Antwort: Weil sie befürchten müssen, sich selbst als Angeklagte vor Gericht wiederzufinden, falls dem Messermann ein Leid geschieht.

In Dortmund wird nun wieder einmal ein abschreckendes Exempel errichtet. Dort müssen sich fünf Polizisten strafrechtlich verantworten, weil sie im Rahmen eines Einsatzes am 8. August 2022 den Tod des 16-jährigen Senegalesen Mouhamed D. herbeigeführt haben.

Der war mit einem Messer in der Hand auf sie zugelaufen. Die Beamten hatten sich zunächst mit Pfefferspray sowie einem Taser und schlussendlich, nachdem diese nicht tödlichen Waffen wirkungslos blieben, mit sechs Schüssen aus einer Maschinenpistole gegen den Angreifer zur Wehr gesetzt, der ihre Anordnung, das Messer wegzuworfen, nicht befolgte, sie möglicherweise noch nicht einmal verstanden hat.

Dortmund:

Anklage gegen Polizisten nach Tod eines Senegalesen

Alle fünf werden jetzt angeklagt, auch diejenigen, die Pfefferspray und Taser eingesetzt haben. Die „Legal Tribune Online“ zitiert am 15. Februar 2023 dazu Oberstaatsanwalt Carsten Dombert, der aus seiner wohltemperierten Amtsstube heraus die Öffentlichkeit wissen lässt: „Wir haben keine Notwehr- oder Nothilfefolge seitens der Polizisten feststellen können.“

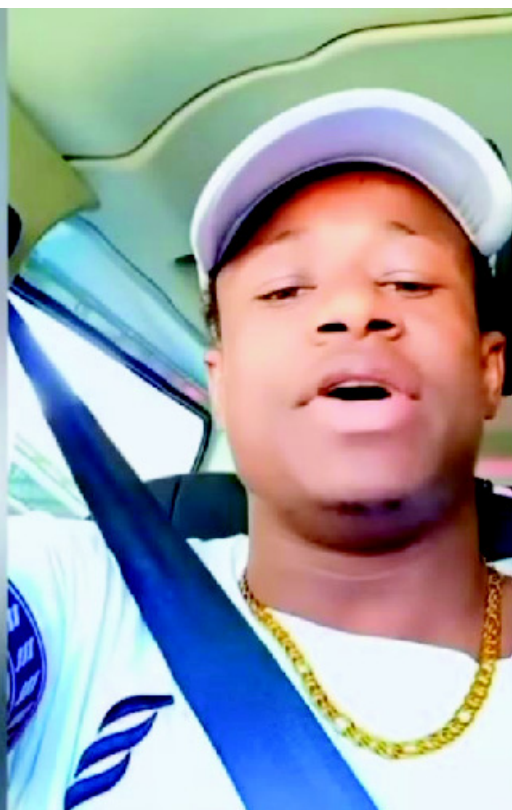
Im Nachhinein ist man immer schlauer. Der Senegalese sei psychisch erkrankt gewesen, heißt es jetzt. Er habe Selbstmordabsichten verfolgt. Eine soziale und kulturelle Kompetenz, zu erkennen, dass es an der Zeit sei, das Messer wegzulegen, wenn fünf uniformierte und bewaffnete Polizisten erscheinen und ihm

etwas („Messer weg!“) in einer für ihn unverständlichen Sprache (Deutsch) zureden, sei zu viel verlangt gewesen. Die Polizei habe überreagiert, die Beamten hätten sich damit strafbar gemacht, meint die Staatsanwaltschaft.

Wer solche Staatsanwälte zum Verbündeten hat, der braucht als Polizist keine kriminellen Feinde mehr. Die in dieser Sache tätigen Juristen wissen offenbar, was die politische Klasse von ihnen erwartet.

Was lehrt uns diese Geschichte? Vielleicht, dass junge, bewaffnete, psychisch erkrankte Männer aus dem Senegal nicht nach Dortmund gehören? Das wäre doch mal eine Erkenntnis ...

Mouhamed D. aus dem Senegal rannte im vergangenen Jahr in Dortmund mit einem Messer in der Hand auf Polizisten zu und wurde erschossen. Jetzt stehen die Beamten in einem Strafverfahren als Angeklagte vor Gericht. | Foto: Screenshot aus einem Youtube-Video



WELT

WELT

**WELT
ABO!**

CDU gewinnt mit AfD-Themen

► Die Berliner CDU ist der klare Gewinner der Berlin-Wahl 2023. Sie punktete mit Themen, die CDU und CSU anderenorts der AfD überlassen haben. Dafür war vor allem ihr Spitzenkandidat verantwortlich: Kai Wegner.

Im multi-kulturellen Problembezirk Neukölln will der 50jährige „den Dominanzanspruch durch den politisch-fundamentalen Islam klar zurückzuweisen“. Das christliche Kreuz auf dem wiedererrichteten Berliner Stadtschloss ist für ihn eine „Geste historischer Authentizität“. Der Mann gendert nicht. Das ZDF zitierte ihn zwar mit dem Satz: „Die Berliner*innen haben uns, mir, das Vertrauen gegeben.“ Aber das war eine dreiste Manipulation. Tatsächlich hatte er sich an die Berlinerinnen und Berliner gewandt und eben gerade nicht an „Berliner*innen“.

Kein Wunder, dass Berlins multikulturelle SPD-Ikone Sawsan Chebli (44) Gift und Galle über seinen Wahlerfolg spuckt. Die „Bild“-Zeitung zitiert sie mit dem Satz: „Das Ergebnis in Berlin zeigt auch: Den Leuten sind die hässlichen rassistischen Ausfälle der CDU als Reaktion auf die Silvesternacht einfach total egal.“ Der linke Bundestagsabgeordnete Lorenz Gösta Beutin sieht laut „Bild“ in Berlin kaum noch Unterschiede zwischen CDU und AfD: „Wenn’s um rassistische Ressentiments geht, werden Originale von CDU & AfD gewählt.“

Kai Wegner beabsichtigt allerdings nicht, in die Fußstapfen von Hans-Georg Maaßen zu treten. Er formuliert inhaltlich zwar eindeutig, aber durchaus vorsichtig. Und er verhält sich in allen partei-internen Konflikten stromlinienförmig. Anders kann man innerhalb der Altparteien nicht überleben.

Wichtig ist, dass Kai Wegner mit-hilft, das Spektrum des öffentlich Sagbaren in die richtige Richtung zu verschieben und dass er die demokratische Legitimität sachlicher Kritik am politischen Gesamtkonzept des Multi-Kulturalismus für Konservative nachvollziehbar macht. Das ist gut so, und dieser Ansatz wird Früchte tragen, früher oder später!



Kai Wegner (CDU) verschiebt das Spektrum des politisch Sagbaren in die richtige Richtung. Damit hat er in Berlin die Wahl gewonnen. | Foto: Sven Teschke, Lizenz: CC BY-SA 3.0 de

AStA der FU Berlin schützt Sexualstraftäter

► Der Allgemeine Studentenausschuss (AStA) der Freien Universität (FU) Berlin wird von allen Studierenden dieser Hochschule über einen Zwangsbeitrag von rund zehn Euro im Semester finanziert. Er ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung ähnlich wie die Rundfunkanstalten und selbstverständlich an Recht und Gesetz gebunden. Diese Bindung hält den AStA aber nicht davon ab, skurrile politische Kapriolen zu schlagen.

Dabei geht es aktuell um einen Mann mit dunkler Hautfarbe, der seit einiger Zeit von Studentinnen beschuldigt wird, sie auf dem Gelände der Universität sexuell zu belästigen und zu bedrohen. Ein solcher Fall wäre von deutschen Studenten in früheren Jahrzehnten an Ort und Stelle erledigt worden - ohne öffentliches Aufsehen. Aber die Damen und

Herren Studierenden unserer Tage gehen komplizierte Wege und haben zu der Sache eine durchaus lesenswerte Rundmail versendet.

Die „Morgenpost“ schreibt:

„Der Allgemeine Studentenausschuss (AStA) der Freien Universität Berlin (FU) warnt in einer Rundmail nicht nur vor einem Mann, der bereits länger immer wieder Studentinnen sexuell belästigt und bedroht, sondern auch davor, bei Kontakt mit ihm die Berliner Polizei zu rufen. Personen, die ihm begegnen und sich von ihm belästigt fühlen, wird vielmehr dringend davon abgeraten. Stattdessen solle man sich zunächst an den Sicherheitsdienst der Uni wenden.“

Die Polizei zu alarmieren, liege zwar auch im Ermessen eines jeden Einzelnen. »Wir möchten jedoch unbedingt darauf hinweisen, dass Polizeieinsätze für von Rassismus betroffene Menschen grundsätzlich mit einem erhöhten Risiko einhergehen, Polizeigewalt zu erfahren«, heißt es in dem AStA-Schreiben. Gerichtet an die Hochschulgruppen und Fachschaftsinitiativen soll es bereits in der vergangenen Woche verschickt worden sein.“

Also, fassen wir die Situation mal zusammen:

Die FU Berlin hat derzeit etwas mehr 38.000 Studenten und 4.550 Mitarbeiter. Die Studenten sehen sich selbst nicht in der Lage, einem einzelnen dunkelhäutigen Sittenstrolch in angemessener Form Grenzen aufzuzeigen. Ihre Interessenvertretung, der AStA, mag aber auch keine Empfehlung aussprechen, die Polizei zu rufen, falls der Unhold auf frischer Tat ertappt werden sollte, weil er ein „von Rassismus betroffener Mensch“ sei, der vor „Polizeigewalt“ geschützt werden müsste. Vielmehr soll ein verständnis-pädagogisch geschulter, universitätseigener Sicherheitsdienst Abhilfe schaffen.

Wenn Menschen in hundert Jahren auf unsere Zeit schauen, werden sie uns alle für verrückt erklären. Und sie werden recht damit haben!

IMPRESSUM

Herausgeber:

Signal für Deutschland e.V.

Alte Rhinstraße 16, 12681 Berlin

Vorstand nach § 26 BGB: Manfred Rouhs

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg,

Aktenzeichen VR 36107 B

V.i.S.d.P.: Manfred Rouhs, Druck: Eigendruck

Dauerbezug nur für Mitglieder. Der

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag von

EUR 60,00 jährlich enthalten.



Volksfest „Osterwiese“ in Bremen. Hier haben sich junge Männer daneben benommen. | Urheber: Volt 2011, Lizenz: CC BY-SA 2.0

Jusos fordern, Männer von Volksfesten auszuschließen

Sexuelle Übergriffe in Bremen

Die Bremer Jungsozialisten (SPD-Jugendorganisation) fordern, Männer zumindest an bestimmten Tagen von der Teilnahme an regionalen Volksfesten wie der Osterwiese und dem Freimarkt auszuschließen. Das berichtet die „Bild“-Zeitung.

Warum das Sinn macht, muss den Ortsansässigen nicht wortreich erklärt werden. Die in Rede stehenden Volksfeste werden von Schaustellern mit großem Gerät geprägt und haben den Charakter einer Kirmes. Dort ballen sich unterhaltungswillige Menschen, darunter regelmäßig auch orientalische junge Männer,

die solche Kulissen nutzen, um Jagd auf Frauen zu machen, die sie in gelöster Atmosphäre offenbar als Freiwild ansehen.

Lara Gerecke, Bremens stellvertretende Juso-Vorsitzende, fordert: „Insbesondere Frauen und queere Personen müssen an der Osterwiese teilnehmen können, ohne Angst, Opfer sexueller Belästigungen zu werden.“ Nun kommt aber ein Ausschluss orientalischer junger Männer („Westasiaten“) nicht nur, aber auch für die Jungsozialisten nicht in Frage. Dies führt zu der Forderung, an bestimmten Tagen alle Menschen männlichen Geschlechts von solchen gesellschaftlichen Ereignissen auszuschließen.

In der Schlussphase der DDR hatte die SED-Führung jeglichen Bezug zur Realität im eigenen Land verloren. Sie nahm an, die Montagsdemonstrationen u.a. in Dresden, Leipzig und Berlin seien von westlichen Agenten angezettelt worden. Und so glauben nun eben junge Bremer Sozialdemokraten, die Ursache weiterverbreiteter Übergriffe auf Frauen bei Volksfesten sei nicht eine falsche Zuwanderungspolitik, sondern der böse Familienvater von nebenan. Weshalb dann eben die Familie nur noch ohne Papa auf den Rummel dürfen soll.

Heilige Einfalt!

Eines aber muss man den Juso-Ideologen lassen: Sie sind in ihrer Realitätsverweigerung konsequent. Wollen sie ein Problem nicht wahrnehmen, dann gibt es dieses Problem eben in ihrer Welt nicht - mit Konsequenzen bis hin zur völligen Absurdität.

► **Die räumliche Unterbringung von Flüchtlingen aus aller Welt ist wirtschaftlich attraktiver als die Altenpflege.** Anreize dieser Art bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Branche. Und diese Auswirkungen machen auch von kirchlichen Einrichtungen nicht Halt.

So beendet die kirchliche Johannesstift-Diakonie in Berlin im Wedding die Unterbringung von 110 pflegebedürftigen alten Menschen im Paul Gerhardt Stift in der Müllerstraße 58 zum Ende des Jahres 2024. Bis dahin dürfen die Bewohner wegsterben, Neubelegungen gibt es nicht mehr.

Stattdessen werden in dem Gebäude Plätze für mehrfach traumatisierte Schutzbedürftige geschaffen, wie der „Focus“ berichtet. Dafür soll die Kapazität der Einrichtung noch ausgebaut werden. Die Kirche geht offenbar davon aus, sich in einem Wachstumsmarkt einzurichten. Der „Focus“ schreibt dazu:

„Für Flüchtlingsheime zahlt das Land so viele Zuschüsse, dass sie im Gegensatz zu kostenintensiveren Pflegeheimen schnell schwarze Zahlen schreiben.“

In der DDR wurde bekanntlich das Brot so umfassend durch den Staat subventioniert, dass es mancher an die Schweine verfüttert hat. Jetzt wird der Asylmarkt derart mit Steuergeld geflutet, dass die ohnehin schon prekäre Altenpflege wirtschaftlich unattraktiv wird.

Nicht nur, aber auch deshalb haben manche politischen Beobachter den Eindruck, die Bundesrepublik Deutschland unserer Tage könnte möglicherweise der DDR immer ähnlicher werden.

Fein ist das nicht: „Pflegebedürftige Senioren vor die Tür setzen, die ihr ganzes Leben lang immer brav Kirchensteuer gezahlt und Kollekten gegeben ha-



Platz für Flüchtlinge:

Kirche wirft 110 Senioren aus ihrem Heim



Straßenfront des Paul-Gerhardt-Stifts in der Müllerstraße im Berliner Wedding. Hier sind bislang noch 110 Senioren untergebracht. Sie sollen „mehrfach traumatisierte Schutzbedürftigen“ weichen. | Bildrechte: Angela Monika Arnold, Berlin, CC BY-SA 3.0

ben, ist keine schöne Angelegenheit“, zitiert der Focus Angehörige eines Altenheimbewohners, die offenbar davon aus-

gehen, dass ihr Familienmitglied das Jahr 2024 überleben wird.